



Ostdeutschland: Vom Nachzügler zur Zukunftsregion?

Michael Fiedler

Auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum (OWF) in Bad Saarow bescheinigte Bundeskanzler Friedrich Merz dem Osten eine Vorbildfunktion für den Strukturwandel. Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien, dass die wirtschaftliche Angleichung an den Westen ins Stocken geraten ist. Zwischen Sicherheitsökonomie, Digitalisierung und Industriepolitik stellt sich deshalb eine grundlegende Frage: Wird Ostdeutschland tatsächlich zur Zukunftsregion – oder bleibt der Aufholprozess unvollendet?

„Ostdeutschland hat sich zu einer starken Zukunftsregion entwickelt und zeigt, wie erfolgreicher Strukturwandel gelingen kann: mit Innovationskraft, Tempo und neuen Ideen. Davon kann ganz Deutschland lernen.“

Mit dieser Aussage setzte Bundeskanzler Friedrich Merz auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum 2026 in Bad Saarow einen bewusst optimistischen Akzent. Drei Tage lang diskutierten Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über die Rolle Ostdeutschlands in einer sich wandelnden Wirtschaftsordnung. Im Mittelpunkt standen dabei Themen wie Sicherheitsökonomie, Digitalisierung, Industriepolitik und Investitionen. Doch wie belastbar ist das Bild vom Osten als neuer Zukunftsregion?

Die alte Aufholjagd gerät ins Stocken

Tatsächlich sprechen aktuelle Daten zunächst gegen eine allzu euphorische Interpretation. Erst kürzlich berichtete Experten.de über eine [Studie, wonach sich der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands gegenüber dem Westen](#)

[deutlich verlangsamt hat](#). Die Produktivitätsunterschiede bestehen weiterhin, viele Regionen kämpfen mit demografischen Herausforderungen und die Angleichung der Wirtschaftskraft schreitet langsamer voran als in den Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung. Der klassische Blick auf Ostdeutschland als Nachzügler ist also keineswegs verschwunden. Die Frage ist vielmehr, ob sich die Maßstäbe verändert haben.

Neue Chancen durch Sicherheitsökonomie

Genau hier setzt die Debatte des OWF an. Auffällig war, dass die Teilnehmer nicht mehr ausschließlich über traditionelle Förderpolitik oder den Aufbau Ost sprachen. Stattdessen rückte ein Begriff in den Mittelpunkt, der in den kommenden Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen dürfte: Sicherheitsökonomie. Gemeint ist damit weit mehr als klassische Verteidigungsindustrie. Zur Sicherheitsökonomie gehören unter anderem:

- Cybersicherheit,
- kritische Infrastruktur,

- Energieversorgung,
- Satelliten- und Raumfahrttechnik,
- resiliente Lieferketten,
- digitale Souveränität,
- sowie sogenannte Dual-Use-Technologien, die sowohl zivil als auch sicherheitsrelevant eingesetzt werden können.

Gerade in diesen Bereichen sehen Politik und Wirtschaft neue Entwicklungschancen für ostdeutsche Standorte.

Flächen, Infrastruktur und neue Industriepolitik

Anders als in vielen westdeutschen Ballungsräumen verfügt Ostdeutschland häufig über größere verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen. Hinzu kommen Erfahrungen aus früheren Strukturwandelprozessen sowie umfangreiche Investitionen in Infrastruktur und Energieversorgung. Auf dem OWF wurde mehrfach darauf verwiesen, dass genau diese Faktoren künftig an Bedeutung gewinnen könnten. Vertreter aus Industrie, Verbänden und Wirtschaftsförderung sehen insbesondere bei Rechenzentren, Energietechnologien, Digitalisierung und sicherheitsrelevanten Zukunftsbranchen Wachstumspotenzial. Dabei geht es nicht nur um einzelne Großansiedlungen. Entscheidend ist die Frage, ob sich daraus langfristig tragfähige Wertschöpfungsnetzwerke entwickeln.

Zwischen Erfolgsgeschichte und Realität

Die Diskussion erinnert an eine Entwicklung, die bereits in anderen Bereichen sichtbar wurde. Zum [35. Jahrestag der Deutschen Einheit](#) wurde vielfach darauf hingewiesen, dass zahlreiche Erfahrungen aus Ostdeutschland inzwischen bundesweit als Vorbild dienen – etwa beim Umgang mit Transformationsprozessen oder bei der Anpassung an wirtschaftliche Umbrüche. Gleichzeitig zeigen Beispiele wie gescheiterte Industrieansiedlungen oder verzögerte Investitionsprojekte, dass wirtschaftlicher Erfolg keineswegs automatisch entsteht. Die vergangenen Jahre haben verdeutlicht, wie stark Regionen von globalen Lieferketten, Energiepreisen und geopolitischen Entwicklungen abhängig sind.

Investitionen allein reichen nicht

Auch auf dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum herrschte Einigkeit darüber, dass Investitionen nur unter bestimmten Voraussetzungen dauerhaft Wirkung entfalten. Vertreter von KfW, Germany Trade & Invest und dem

Ostdeutschen Bankenverband betonten die Bedeutung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen. Unternehmen benötigten Planungssicherheit, funktionierende Infrastruktur und ausreichend Fachkräfte, um langfristig investieren zu können. Diese Einschätzung deckt sich mit [früheren Analysen des Bundesfinanzministeriums](#), die den Staat zunehmend in einer Doppelrolle sehen: Einerseits müssen bestehende Herausforderungen bewältigt werden, gleichzeitig sind erhebliche Zukunftsinvestitionen erforderlich.

Die eigentliche Frage beginnt erst jetzt

Die Debatte über Ostdeutschland hat sich damit verändert. Lange stand die Frage im Mittelpunkt, wann der Osten wirtschaftlich zum Westen aufschließt. Heute rückt zunehmend eine andere Perspektive in den Vordergrund: Welche Rolle kann Ostdeutschland in einer Wirtschaft spielen, die von Digitalisierung, Sicherheitsfragen, Energiewende und geopolitischen Umbrüchen geprägt wird? Ob daraus tatsächlich eine neue wirtschaftliche Führungsrolle entsteht, bleibt offen. Klar ist jedoch: Die Zukunft Ostdeutschlands wird sich nicht mehr allein an klassischen Aufholkennzahlen entscheiden. Die eigentliche Bewährungsprobe beginnt erst jetzt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950177/Ostdeutschland-Vom-Nachzuegler-zur-Zukunftsregion/>